

**Lieber Peter,**  
seit geraumer Zeit frage ich mich, wieso ausgerechnet namhafte Publizisten, die doch eigentlich auf mehr Demokratie drängen sollten, größte Probleme damit haben, dass zumindest bei der SPD neuerdings nicht nur wenige Strippenzieher wie bisher das Sagen haben, sondern die gesamte Mitgliedschaft. Eigentlich, so sollte man meinen, ist es doch eine erfreuliche Entwicklung, wenn maßgebliche Weichenstellungen einer politischen Partei nicht mehr in geschlossenen Fraktionsräumen oder Vorstandszimmern vorgenommen werden, sondern in aller Öffentlichkeit und von sämtlichen Mitgliedern.

So war es ja schon nach der Bundestagswahl, als die deutsche Sozialdemokratie vor der Alternative stand, entweder eine Große Koalition einzugehen oder aber auf jede regierungsamtliche Mitwirkung und damit beispielsweise auch auf den gesetzlichen Mindestlohn und eine wirkungsvolle Mietbremse zu verzichten. Zum Glück haben sich die Mitglieder der SPD für Mitverantwortung und Einflussnahme entschieden.

Aber was behauptete Marietta Slomka im ZDF-„Verhör“ mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel? Die Mitwirkung der Mitgliedschaft soll verfassungsrechtlich bedenklich gewesen sein, auf dieser abstrusen Einschätzung beharrte sie sogar mehrmals.

Jetzt, in Berlin, durfte abermals die Mitgliedschaft der SPD eine wichtige Entscheidung treffen: Der Landesverband hatte die Nachfolge von Klaus Wowereit zu regeln. Im „Stern“ dieser Woche lasen wir auf Seite 17, dass das überraschend „klare Votum von fast 60 Prozent“ in vollem Einklang mit der Haltung der meisten Berliner SPD-Anhänger steht, wie Forsa ermittelt hat. Also eine Sternstunde innerparteilicher Demokratie zur Freude der Wählerschaft?

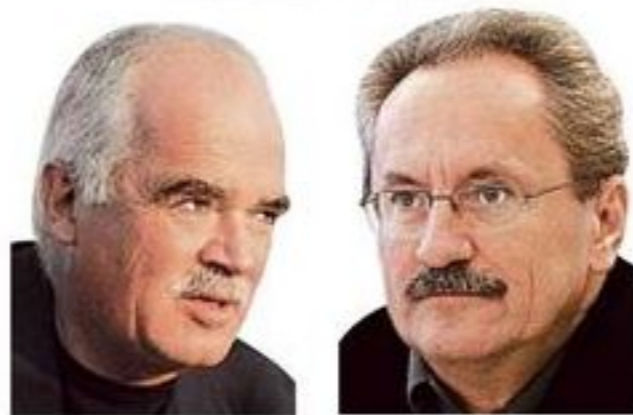
Nicht auf Seite 18! Dort wütete Chefredakteur Hans-Ulrich Jörges, sonst ein kritischer Kopf und Anwalt demokratischer Anliegen, gegen den Mitgliederentscheid. Weil die 6353 Menschen, die sich für Senator Michael Müller ausgesprochen haben, nur 0,25 Prozent aller Wahlberechtigten und gar nur 0,18 Prozent aller Bewohner Ber-

lins darstellen, handle es sich um „eine Kaskade des Erschreckens“. Und die Festlegung auf einen Spitzenkandidaten sei obendrein ein Verstoß gegen das Verbot imperativer Mandate.

Geht's noch? Seit Gründung der Bundesrepublik sind immer wieder Regierungschefs auf Bundes- und Landesebene auch während

einer Legislaturperiode bestimmt worden – von winzigen Zirkeln, von einer Handvoll Parteigranden. Das haben auch die kritischsten Köpfe der Medienwelt jahrzehntelang kritiklos hingegenommen. Aber wenn plötzlich Tausende in einem Bundesland oder Zigtausende in einer Bundespartei mitbestimmen können, dann regt

## Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

### „Mehr Demokratie wagen“: Keine STERN-Stunde!

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

sich plötzlich die Sorge um die Demokratie. Ist es nicht in Wahrheit vielmehr Sorge vor zu viel Demokratie? Angst vor zu viel Mitbestimmung? Angst davor, dass der Funke auf andere Parteien überspringen könnte, die ja schon seit langem in ihrer Rhetorik betonen, sie würden sich auch als Mitmachpartei und Träger der Mitbestimmung verstehen?

Im Freistaat Bayern sind nach dem großen Vorsitzenden Franz Josef Strauß sämtliche Ministerpräsidenten ausnahmslos während der Legislaturperiode gewählt worden und zwar auf Vorschlag kleinster Gremien, die nicht einmal ein Promille der Bevölkerung ausmachen (und der „Stern“ schwieg dazu): Max Streibl 1988 nach dem Tod von FJS, Edmund Stoiber nach Streibls Sturz in der „Amigo-Affäre“, Günther Beckstein 2007 nach dem Sturz von Edmund Stoiber und Horst Seehofer 2008 direkt nach der Landtagswahl, bei der er nicht einmal kandidiert hatte. Versteh' mich nicht falsch: Ich kritisiere keine dieser „Einwechslungen“, die meisten sind ja (abgesehen von Günther Beckstein)

von der Bevölkerung bei späteren Wahlen auch eindrucksvoll bestätigt worden, aber ich frage schon nach, warum bei der SPD auf einmal vollkommen andere Maßstäbe und Spielregeln gelten sollen, weil einigen Repräsentanten der veröffentlichten Meinung die Einbeziehung der Mitgliedschaft in demokratische Willensbildungsprozesse ein Gräuelpolitik ist.

Wer – mit Recht! – über das politische Desinteresse und die niedrige Wahlbeteiligung bestürzt ist, muss endlich darüber nachdenken, wie politische Mitwirkung attraktiver und nicht noch vergeblicher gestaltet werden kann. Dazu sind mehr Mitwirkungsrechte erforderlich, nicht weniger, Herr Jörges! Nicht nur bei Koalitionsfragen und Personalentscheidungen, sondern erst recht bei inhaltlichen Fragen! Das Berliner Votum hat es gezeigt: Die Mitgliedschaft einer Partei ist ihren Wählern viel näher als mancher Führungszirkel, der bisher unangefochten von allen Journalisten einsame Entscheidungen treffen und der eigenen Fraktion aufzwingen konnte.

Herzlichst  
Dein Christian